

Memorandum
des Fachbeirats des BLK-Programms
"Demokratie lernen & leben"

**Aufruf zur Fortführung einer erfolgreichen demokratiepädagogischen Initiative
in den Schulen der Bundesrepublik Deutschland**

(Berliner Ergebniskonferenz des Programms am 2. und 3. März 2007)

1. Mit dem Programm "Demokratie lernen & leben" ist in Deutschland ein bundesweiter Arbeitszusammenhang entstanden, in dem die Entwicklung von demokratischer Handlungskompetenz und demokratischer Schulkultur in schulübergreifenden Lern- und Austauschprozessen erfolgreich vorangetrieben wurde. An vielen Orten gibt es heute gute und vorbildliche Praxis. Dieses Ergebnis ist besonders wertvoll, weil es aus der Arbeit mit einer Vielzahl von Themen, fachlichen Ausrichtungen und methodischen Vorgehensweisen hervorgegangen ist und unter mannigfaltigen Bedingungen der Schule, mit unterschiedlichen Schüler- und Lehrergruppen sowie unter verschiedenen sozio-kulturellen Voraussetzungen entwickelt wurde.

Zum Abschluss des Programms "Demokratie lernen & leben" wenden wir uns daher an die für die Schulen Verantwortlichen in Bundesländern und Gemeinden, an die Schulleitungen sowie an Lehrerinnen und Lehrer, an Schülerinnen und Schüler und an ihre Eltern und nicht zuletzt an die Engagierten in Politik und Öffentlichkeit und fordern sie auf, den Impuls, den dieses Programm gegeben hat, aufzugreifen und nachhaltig weiterzuführen.

2. Das Programm hat bestätigt, dass Schule nicht nur Wissen vermitteln, sondern auch erziehen kann. Die Schule ist der einzige Ort, an dem alle Mitglieder der nachwachsenden Generation erfahren können, wie wir in der Gesellschaft zusammenleben wollen. Das Schulleben selbst bietet die wirksame Praxis, um demokratische Grundhaltungen bei den jungen Menschen zu fördern. Wenn diese Praxis in fachlichen Unterrichtsprozessen und über diese hinaus entfaltet wird, kann die Schule einen wichtigen Beitrag zum Aufbau der sozialen und demokratischen Kompetenzen leisten, die in einer friedlichen, gerechten und Konflikte lösenden Gesellschaft so dringend benötigt werden.

3. Am wirksamsten ist dieser Prozess, wenn fachliches Wissen, kompetentes Urteilen und respektvoll-kooperatives Schulleben sich wechselseitig stützen und fördern. Dann zeigt sich in der Schule, dass Zusammenleben nicht nur eine Arena ist, in der Individuen um die Durchsetzung von Interessen gegen andere kämpfen, sondern dass es um gemeinsame Prozesse geht, in denen auf friedlichem Wege Anteilnahme und Interessenausgleich, Anerkennung und Teilhabe, Handlungsbereitschaft und Verantwortungsübernahme, Fairness und Gerechtigkeit angestrebt werden. Auf diese Weise wird deutlich, dass demokratisches Zusammenleben mehr ist als ein prozedurales Regelwerk, sondern sich an Werten orientiert, die für den Alltag von Schülern und Lehrern und das Leben aller Menschen maßgebend sind.

4. Dies ist in einer Zeit umso wichtiger, in der manche Familien und viele Werte vermittelnde Institutionen keinen Halt mehr geben, sich radikalisierte Gruppen vorhandene Informations- und Orientierungsdefizite ausbeuten und in der jugendorientierte elektronische Medien, insbesondere Video- und Computerspiele, gewalttätige Handlungsmuster hervorbringen und verstärken. Zunehmende Fremdenfeindlichkeit und rechtsextreme Gewalt zeigen an, dass zentrale Elemente der Demokratie und der Menschenrechte in den Köpfen und Herzen vieler Menschen keineswegs fest verankert sind. Die grundlegenden Prinzipien wie menschliche Solidarität, Achtung von Mehrheitsentscheidungen, Schutz von Minderheiten, allgemeine Grundsätze der Fairness, der Gerechtigkeit und der wechselseitigen Unterstützung müssen erlebt, reflektiert und in Haltungen umgesetzt werden.

5. Politische Bildung und Demokratiepädagogik sind, wie die Erfahrung belegt, keine Gegensätze, sondern aufeinander angewiesen. Während Politische Bildung vorrangig Kenntnisse und Urteilsfähigkeit fördert, zielt Demokratiepädagogik auf Erfahrungen in Unterricht und Schulleben, die diesem Wissen und Können Bedeutung verleihen und Handlungsbereitschaften ausbilden. Das eine genügt nicht ohne das andere, denn Erfahrung verlangt nach Einordnung und Ausdeutung, und Wissen und Können bewähren sich an der Lösung von Problemen des gemeinsamen Lebens. In diese gemeinsame Anstrengung müssen auch andere Unterrichtsfächer einbezogen werden, von denen ein Beitrag zur demokratischen Bildung erwartet werden kann, wie zum Beispiel Gemeinschaftskunde, Geschichte oder Ethik, die ebenso wie das Fach Politische Bildung als bloße Unterrichtsfächer ihr Potential zur Entwicklung von demokratischen Kompetenzen nicht zu entfalten vermögen.

6. Freilich konnte ein auf fünf Jahre begrenztes Programm mit den begrenzten Arbeitsmöglichkeiten eines BLK-Vorhabens während dieser Laufzeit die positiven Ergebnisse nicht auf das Schul- und Bildungswesen insgesamt übertragen. Auch nach diesen fünf Jahren existiert die im Programm entstandene gute Praxis nur in einer Minderheit der über 40000 Schulen der Bundesrepublik. Auch in einer Anzahl teilnehmender Schulen ist diese Praxis noch nicht so gefestigt, dass sie ohne weitere Unterstützung gesichert erscheint oder sich sogar von hier aus in weitere Schulen von allein ausbreiten könnte. In vielen Schulen befindet sich die Demokratiepädagogik noch in der Phase der Initiierung. Um das Erreichte nicht wieder zu verlieren, ist es wichtig, weitere Schritte der Implementierung und Institutionalisierung sicherzustellen.

7. Die Schulen des Programms haben für ihre Entwicklungsleistungen Anerkennung durch die beteiligten Schulverwaltungen und den Fachbeirat des Programms erhalten. Generell gibt es indessen keine systematische Anerkennung im Bildungswesen für Schulen, die auf die Entwicklung von sozialen und demokratischen Kompetenzen setzen. Wenn Schulen ver-

glichen und bewertet werden, steht die fachliche Schulleistung weit vor anderen Bildungsleistungen, die Schulen erbringen. Schulqualität wird, anders als in England oder Kanada, nicht auch am Beitrag einer Schule zur Entwicklung demokratischer Einstellungen und Handlungsbereitschaften gemessen. Vermittlung demokratischer Kompetenz in der Schule hat in Deutschland nicht den Rang, der ihr zukommen muss. Das muss sich ändern.

8. Infolge der Föderalismusreform wird es ein von Bund und Ländern getragenes Transferprogramm zum BLK-Programm „Demokratie lernen & leben“ nicht geben. Wir würden es begrüßen, wenn ein Kooperationsprogramm interessierter Länder diese Lücke füllen würde. In einzelnen Ländern scheint eine Weiterentwicklung demokratiepädagogischer Programmelemente bereits gesichert. Sie kann sich auf Schulen stützen, die entschlossen sind, die demokratiepädagogische Arbeit fortzusetzen. Wir erwarten, dass die Länder diese Schulen weiterhin unterstützen. Wir würden begrüßen, wenn die Fachgesellschaften der beteiligten Unterrichtsfächer und der erziehungswissenschaftlich relevanten Disziplinen sich diesen Bemühungen anschließen würden. In enger Anlehnung an das BLK-Programm ist zudem eine zivilgesellschaftliche Organisation entstanden, die in Abstimmung und Wechselwirkung mit lokalen Initiativen und Netzwerken die weitere Entwicklung in den Schulen vorantreiben soll: Die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe) stellt sich der Aufgabe, demokratiepädagogisch aktive Schulen, Netzwerke und Projekte durch Fortbildung und Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen und den als Multiplikatoren ausgebildeten Demokratieberatern, Koordinatoren, Schulleitern und anderen Akteuren des Programms eine Plattform für Information, Austausch und Planung zu bieten. Wir hoffen, dass diese Organisation in der weiteren Entwicklung und Verbreitung der Demokratiepädagogik in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen eine wirksame Rolle übernehmen wird.

9. Im internationalen Rahmen entstehen zurzeit mehrere Vorhaben, in denen die Aufgaben und Möglichkeiten der Schulen, mitbürgerlich-demokratische Verantwortung zu fördern, vertieft und erweitert werden sollen.

Einige sollen hier genannt werden:

- die PISA-Studie der OECD, die ab 2009 durch die Dimensionen civic engagement und global citizenship ergänzt werden soll,
- die IEA Civic Education Studie, die 2009 in eine zweite Erhebungswelle eintritt,
- das OECD Programm Social Outcomes of Learning,
- die bevorstehende Gründung eines Europäischen Instituts für citizenship education auf Betreiben des Europarats,
- die UN-Konvention für die Rechte des Kindes, der Europarat sowie die Europäische Union fordern die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung der Einrichtungen für Kinder und an den Bildungsprozessen, die in ihnen stattfinden.

Die zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland sind bei diesen Vorhaben keine treibenden Kräfte. Das ist bedauerlich, weil solche Initiativen geeignet sind, die Demokratiepädagogik zu stärken und ihr auf hoher Ebene Anerkennung zu verschaffen. Die Weiterführung der demokratiepädagogischen Arbeit in den Schulen könnte aus einer Verbindung mit den genannten Programmen und Einrichtungen Anregungen und Unterstützung beziehen. Wir rufen die Bundesländer dazu auf, sich den internationalen Vorhaben und Entwicklungen in diesem Bereich zu öffnen.

10. In der Bundesrepublik gibt es für dieses Thema bisher keine wirkungsvolle Lobby von Akteuren aus Schule, Wissenschaft und Politik. Politischer Wille zur Entwicklung institutionalisierter Unterstützungs- und Anerkennungsstrukturen ist auf der Bundesebene und in den Ländern kaum erkennbar. Das spiegelt sich im nationalen Bildungsbericht, in dem das Thema einer demokratischen Schule und der Erziehung zur Demokratie bislang ausgespart ist. Wir müssen dringlich die Entwicklung eines Instrumentariums zur Institutionalisierung und Evaluierung demokratischer Handlungskompetenzen und einer demokratischen Schulkultur vorantreiben. Mit dem im Programm entwickelten „Orientierungsrahmen Demokratiepädagogik“, der zum Abschluss des Programms der Öffentlichkeit vorgelegt wird (Beltz Verlag 2007), ist ein handlungswirksamer Schritt in Richtung auf dieses Ziel getan worden.

11. Eine besondere Herausforderung und zugleich Chance zur Förderung demokratischer Handlungskompetenz bietet die Ganztagschule, weil sie ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag nicht nur auf die Unterrichtsfächer bezieht, sondern weil in ihr auch das Schulleben erweitert und unter aktiver Beteiligung der Schüler gestaltet werden soll. Themen- und kindergemessene Zeiteinteilung und Kommunikationsformen im erweiterten Unterrichts- und Schulalltag bieten Raum für verstärkte Verbindungen von Unterricht, Lernen und praktischer Erprobung und Erfahrung und somit auch für Demokratiekompetenz fördernde Projekte, Kooperation mit inner- und außerschulischen Partnern sowie für intensive Diskussion, Beteiligung und Mitverantwortung von Schülern und Eltern bei der Gestaltung des Schullebens und der Schulentwicklung.

12. Besondere Hoffnungen richten sich nach Abschluss des BLK-Programms auf die Bundesländer, die nun für eine nachhaltige Weiterentwicklung der produktiven Ansätze und ihre Verbreitung im Bildungswesen zu sorgen haben. Primäres Ziel muss sein, die Fähigkeit der Schulen zu stärken, in Unterricht und Schulleben für ihre Schülerinnen und Schüler geeignete Angebote zur Ausbildung sozialer und demokratischer Kompetenzen zu entwickeln. Der Begriff der Schulqualität muss die Bemühung um dieses Ziel in sich aufnehmen. Dieses Ziel erfordert die systematische Einbeziehung politischer und zivilgesellschaftlicher Akteure auf Länder- und Bundesebene, aber auch in Kommune und Nachbarschaft. Enge Kooperation sollte mit Programmen zu Mediation, interkulturellem Lernen und Gewaltprävention sowie

gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus hergestellt werden, die von den Ländern in vielen Schulen unterstützt werden.

Diese spezifisch Erweiterung des Erziehungsauftrags der Schule ist zudem erforderlich, um die unabwiesbaren Aufgaben der Gewaltprävention, der kulturellen Integration, der Kompensation von Armutsfolgen, aber auch der Abwehr rechtsextremer Entwicklungen in der Jugendphase voranbringen zu können. Die Auseinandersetzung mit diesen Aufgaben setzt eine Qualität von Unterricht und Schulleben voraus, die einen demokratischen Habitus junger Menschen in der Schule zu prägen vermag. Ohne die Unterstützung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure ist diese Qualität nicht zu erreichen.

Die Anstrengungen des BLK-Programms hätten nicht gelohnt, wenn die Bundesländer jetzt nicht entschiedene Schritte unternehmen würden, um seine demokratiepädagogischen Errungenschaften in ihren Schulen fest zu verankern.